5 Pfennig

6 Uhr-Abendblatt

5 Pfennig

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Völbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Burgstraße 7 in Giebichenstein (Tel. 1403). Verantwortlich für die Redaktion Hermann Brandes in Halle.

Nummer 204 — Halle, Mittwoch den 8. August — 1917

Beginn einer neuen Schlacht in Flandern.

Englische Vorstöße bei Nieuport abgewiesen. — Vergebliche russische und rumänische Gegenangriffe bei Focsani.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 8. August.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Schlachtfront hat sich der Feuerkampf gestern Abend wieder zu großer Heftigkeit gesteigert.

Im Küstenabschnitt stießen die Engländer nachts nach Trommelfeuer mit starken Kräften von Nieuport nach Norden und Nordosten vor; sie wurden im Nahkampf zurückgeworfen.

Zwischen Draaibank (nordöstlich von Dixmuiden) und Frezenberg führte der Feind nach Einbruch der Dunkelheit wiederholt starke Teilangriffe gegen unsere Linien; auch hier wurde er überall verlustreich abgewiesen.

Im Artois lebhafte Feuertätigkeit zwischen dem La Bassée-Kanal und der Scarpe. Englische Erkundungsvorstöße gegen mehrere Abschnitte dieser Front scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Abendstunden lebte das Feuer längs des Chemin des Dames auf.

Auf dem Ostufer der Maas brachte ein kühner Handstreich badischer Sturmabteilungen, die in den stark verschanzten Caurières-Wald eindrangen, eine Anzahl Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Kleine größeren Kampfhandlungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen setzten sich österreichisch-ungarische Regimenter stürmender Hand in Besitz mehrerer zäh verteidigter Bergkuppen.

Südlich des Mgr. Casinului und nördlich des Klosters Lepsa wurden neue rumänische Angriffe abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

An der Einbruchstelle in die feindlichen Linien nördlich von Focsani wurde erbittert gekämpft. Wir erweiterten unseren Erfolg. Russen und Rumänen führten starke, aber ergebnislose Gegenangriffe, bei denen 12 feindliche Regimenter durch Gefangene bestätigt wurden.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Radoslawow über die Friedensziele.

Sofia, 7. August. (Bulg. Telegr.-Ag.) Vor seiner Abreise ins Ausland gab Ministerpräsident Radoslawow vor Vertretern der hiesigen Presse folgende Erklärung ab: Unsere nationale Einheit ist durch Verträge gewährleistet, die uns und unsere Verbündeten an eine geheiligte, unverletzliche Sache knüpfen. Die Treiberei einer unverantwortlicher Personen werden unserem Werk in keiner Weise schaden können. Die Friedensformel bezüglich der Annexionen bedeutet keine Beeinträchtigung der Rechte Bulgariens auf den Besitz der besetzten Gebiete. Unsere Verbündeten haben uns diesbezüglich formelle Zusicherungen gegeben, da wir ja keineswegs Krieg führen, um eine imperialistische Ausbreitung zu erzielen, sondern um die nationale Einheit zu verwirklichen. Bulgarien wird demnach die bisher von seinem nationalen Erbgut abgetrennten Teile vereinigen und die durch den Verrat von Bukarest begangenen Ungesetzlichkeiten in billiger Weise wieder gutmachen. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist sehr gut. Die Beziehungen zu den Verbündeten sind ausgezeichnet.

Der Reichskanzler reist ins Hauptquartier.

Berlin, 8. August. Der Reichskanzler Dr. Michaelis begibt sich heute ins Große Hauptquartier. Daran anschließend wird er sich in Karlsruhe dem Großherzog von Baden und in Darmstadt dem Großherzog von Hessen vorstellen. Der beabsichtigte Besuch beim König von Württemberg ist wegen anderweitiger Dispositionen des Stuttgarter Hofes auf kurze Zeit verschoben worden. Bei seiner Fahrt wird der Reichskanzler vom Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn von Kühlmann und vom Unterstaatssekretär des Auswärtigen von Stumm begleitet werden. Auch Dr. Helfferich begibt sich gleichzeitig ins Große Hauptquartier. (Voss. Ztg.)

Die Preußische Wahlrechts-Reform.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Der Reichskanzler fängt die Aktion in der preußischen Wahlrechtsreform durchaus geschickt an. Sämtliche preußischen Minister, die ernannt wurden, sind auf das gleiche Wahlrecht verpflichtet worden. Dann hat der Kanzler Besprechungen mit den Parteiführern des Abgeordnetenhauses eingeführt. Gestern hat er den Sozialdemokraten Paul Hirsch und den Führer der Polenfraktion empfangen und u. a. mit ihnen über die Wahlreform verhandelt. Dabei hat er erklärt, daß er die Vorlage bald ausarbeiten lasse. Da die Wahlen sich sehr eintach gestalten sollen, sind ausgedehnte Nachfragen und Statistiken nicht mehr nötig. In der Hauptsache soll das Wahlrecht nur von einem bestimmten Ortsaufenthalt abhängig gemacht werden. Es kann daher, wenn das Abgeordnetenhaus am 9. Oktober zusammentritt, die Vorlage sofort eingebracht werden. So ist es wenigstens von den beiden Politikern, die der Kanzler gestern empfangen hat, verstanden worden. Es ist dann auch davon die Rede gewesen, wie sich der Kanzler die Durchführung der Vorlage denkt. Er ist in dieser Beziehung sehr optimistisch und glaubt ohne weiteres eine Mehrheit für die Vorlage zu finden. Er hofft sogar, daß sich auch etliche Konservative, wenigstens Freikonservative, überzeugen lassen werden, um einem scharfen Konflikt mit der Regierung aus dem Wege zu gehen. Ob das denkbar ist, werden vielleicht schon die nächsten Besprechungen ergeben.

Beim Herrenhaus erwartet Dr. Michaelis weniger Schwierigkeiten.

Unsicher ist noch, was zu geschehen hat, wenn etwa das Abgeordnetenhaus die Vorlage so verändert, daß sie für die Regierung unannehmbar wäre.

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland.

Berlin, 8. August. Wie die „Gazette de Lausanne" aus Bern erfährt, stehen die Abmachungen zwischen der Schweiz und Deutschland bereits ziemlich fest. Die Anleihe soll nunmehr insgesamt 120 Mill. Franken betragen, die durch erstklassige hypothekarische Sicherheiten und durch Unterschrift der deutschen Reichsbank gesichert werden soll. Der Zinsfuß soll 6 vom Hundert überschreiten. (Voss. Ztg.)

Der Beginn der Londoner Konferenz.

London, 7. August. Die Konferenz der Alliierten begann heute in London. Es wurden zwei lange Sitzungen abgehalten. An der Konferenz nahmen teil: die britischen Minister, der italienische Minister des Äußern Sonnino, der französische Ministerpräsident Ribot, der französische Munitionsminister Thomas, der englische Botschafter in Paris, Lord Bertie, und eine Anzahl anderer Vertreter der alliierten Länder sowie hohe Militärs.

*

Die Londoner Ententekonferenz ist eine Fortsetzung der verunglückten „großen" Pariser Konferenz vom 26. Juli, die mit einer flauen Kriegszielerklärung und mit der Ankündigung auseinanderging, eine Vereinigung der in Betracht kommenden Ressortminister werde in London zusammentreten, um die in Paris „einstimmig angenommenen Beschlüsse" in Maßnahmen umzusetzen.

Man muß annehmen, daß es wiederum die noch ungelösten Balkanfragen sind, die zunächst in London behandelt werden. Der griechisch-italienisch-serbische Gegensatz ist das Hauptproblem, der Epirus und Thessalien einerseits, die Adria-Frage andererseits. Deshalb sind ja Sonnino und Pasitsch nach London geeilt. Aber nun ist auffällig, daß weder Pasitsch — der schon bei der Queenshallversammlung am 4. August nur stumm dabei sitzen durfte — noch Griechenland an der Londoner Konferenz beteiligt sind. Die Teilnehmerliste umfaßt nur England, Frankreich, Italien. Es wird also wieder einmal über die Köpfe der Kleinen hinweg verhandelt.

Erfolgreiche deutsche Verteidigung in Ostafrika.

London, 7. August. Im amtlichen englischen Bericht aus Ostafrika heißt es u. a.: Im Lindi-Bezirk begann die Vorwärtsbewegung unserer Truppen am 2. August auf der Straße, die in südwestlicher Richtung nach Nyanga und Massajei führt. Die Bewegung, die den rechten Flügel des Feindes umfassen sollte, stieß auf eine starkbefestigte, im dichten Busch verborgene Verteidigungsstellung. Es entspann sich ein ernster Kampf. Das Ergebnis blieb unentschieden und die Verluste waren auf beiden Seiten bedeutend. Unser Vorrücken soll in Kürze wieder aufgenommen werden

Ein Eingeständnis.

Bern, 8. August. Im „Manchester Guardian" befindet sich folgendes Geständnis: Das deutsche U-Boot hat unsere Seeherrschaft sehr verringert, indem es den freien Lauf unserer Handelsschiffahrt gehindert hat. Die Seeherrschaft im alten Sinne des Wortes besitzen wir nicht mehr, und wir werden sie auch nicht wieder erlangen, bis nicht ein neues Mittel, vielleicht durch Umbau unserer Handelsschiffe, erfunden wird. (Voss. Zeitung.)

Der finnische Landtag widersetzt sich.

Zürich, 8. August. Petersburger Meldungen zufolge, konstituierten sich in Helsingfors drei Viertel der Abgeordneten des aufgelösten finnischen Landtages als provisorische Regierung Finnlands. Die russische Regierung beginnt in Wyborg mit großen Truppenansammlungen.

Französische Besorgnisse.

Bern, 7. August. „Temps" führt aus, man habe schon oft gesehen, daß in Rußland eine schwere Krise für den Augenblick beschwichtigt worden sei, um später mit aller Stärke wieder aufzuflammen. Man würde Rußland und der übrigen Entente keinen Dienst erweisen, wenn man die Lage nicht betrachten würde, wie sie tatsächlich sei. Eine Nation, die ihre Freiheit nicht disziplinieren könne, gehe der Niederlage und Zerstückelung entgegen. Diese bittere Lehre sollte man auch in Frankreich bedenken. Es sei immer traurig, von den Bundesgenossen belehrt werden zu müssen.

„Echo de Paris" fragt, ob sich die vorläufige Regierung von der unordentlichen Vormundschaft der Volksmassen und der Armee werde befreien können. Von der Beantwortung dieser Frage hänge das Schicksal Rußlands ab.

Nikolai Nikolajewitsch erkrankt.

Bern, 8. August. „Ruß koje Slowo" meldet, daß der frühere russische Generalissimus Großfürst Nikolai Nikolajewitsch an Neurasthenie in schwerster Form erkrankt ist.

Rußlands geringe Lebensmittelvorräte.

Kopenhagen, 8. August. Wie russische Blätter berichten, ergab die von Soldaten- und Arbeiterräten vorgenommene Untersuchung über die Lebensmittelvorräte Rußlands, daß Petersburg über Lebensmittel für 20 Tage verfügt. Moskaus Lebensmittel reichen sogar nur noch 14 Tage und die des Frontheeres für rund einen Monat. (Lokal-Anzeiger.)

Der ukrainische Kriegsminister und der deutsch-österreichische Vormarsch.

(T. U.) Berlin, 8. August. „Ruß koje Slowo" berichtet: Der ukrainische Kriegsminister befahl, allen ukrainischen Truppen und Soldaten zu erklären, daß der deutsch-österreichische Vormarsch die Freiheit der Ukraine und die Revolution mit Vernichtung bedrohe, und fordert auf, an der russischen Front für die Freiheit der Ukraine zu kämpfen.

Diese Erklärung ist, wie die Telegraphenunion von gut unterichteter Seite erfährt, ein plumpes Unternehmen, mit dem man jedoch bei den ukrainischen Soldaten wenig Erfolg haben wird, denn die Ukrainer werden sich wohl sagen können, daß die Zentralmächte zwar gegen die russischen Machthaber Krieg führen, aber keine Veranlassung haben, die Freiheit der neuen Ukraine zu bedrohen.

Englische Vorkehrungen.

Amsterdam, 7. August. Die englische Regierung versichert sich in Norwegen großer Fischmengen, die unter den hauptsächlichsten Fischräuchereien des Landes verteilt werden sollen, um für den Winter einen genügenden Vorrat an Räucherfischen zu schaffen, falls auf die eine oder die andere Weise ein Mangel entstehen sollte.

„U. B. 30" auf der Heimfahrt.

Magalouis, 7. August. Das freigelassene deutsche U-Boot „U B 30" ist heute morgen in Begleitung zweier niederländischer Torpedoboote in See gegangen.

Von einem U-Boot angegriffen.

Madrid, 8. August. (Agence Havas.) Nach Meldungen aus Bilbao hat ein Unterseeboot ein Fischerfahrzeug angegriffen, auf dem ein Matrose getötet und drei verletzt wurden. Das Unterseeboot nahm die Besatzung auf, verband sie und übergab sie einer spanischen Bark, die an Ort und Stelle geeilt war. Ministerpräsident Dato erklärte zu dem Angriff des deutschen Unterseebootes, der Befehlshaber des letzteren habe ihm mitgeteilt, daß er sich geirrt und das spanische mit einem französischen Fischerfahrzeug verwechselt habe. Das Marineministerium hat alle eingegangenen Nachrichten dem Ministerium des Äußern übermittelt, um in Berlin dringliche, tatkräftige Vorstellungen zu erheben.

Der englische Gewerkschaftskongreß und die Stockholmer Konferenz.

(T. U.) Amsterdam, 8. August. Der Londoner Korrespondent des „Handelsblad" berichtet: Das Parteikomitee des Gewerkschaftskongresses hat sich heute unter bestimmten Bedingungen zu Gunsten der Teilnahme der englischen Abgeordneten an der Stockholmer Konferenz ausgesprochen. Die Beratungen waren geheim. Später wurde jedoch eine Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Es werde Wert gelegt auf eine Mitteilung des Vorstandes der Arbeiterpartei, wodurch das Komitee angewiesen wird, Vertreter zwecks Teilnahme an einem internationalen Kongreß zu ernennen, der Ende September in Stockholm stattfindet. Das Komitee beschloß, daß, wenn die Versammlung der Arbeiterpartei am nächsten Freitag beschließt, daß die britische Arbeiter-Bewegung auf einer solchen Konferenz vertreten sein soll, die Einladung angenommen werden müsse, jedoch zur Genehmigung dem Gewerkschaftskongreß, der am Montag, den 3. September zusammenkommt, vorgelegt werden soll.

Abgefaßte Wucherer.

Breslau, 8. August. Hier wurden bei einer Reihe von hochangesehenen Firmen der Webereibranche im Keller versteckt große Lager von beschlagnahmten Webwaren vorgefunden, die zu Wucherpreisen zum Verkauf gelangten. (Berl. Tageblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191708085/fragment/page=0001

Der Krieg gegen die Neutralen.

Von dem stündigen Sekretär für auswärtige Angelegenheiten in Frankreich, Margerie, ist unlängst eine Aeußerung bekannt geworden, wonach es auf die Dauer keine Neutralen mehr geben könne: sie müßten sich auch der einen oder der anderen Seite hin entscheiden. Mit dieser Anschauung stimmen die Drohungen überein, in denen sich nach der Vergewaltigung Griechenlands namentlich die französische und italienische Presse gegen die Neutralen gefällt. Als sicherstes Mittel erscheint darin die Schließung der Grenzen empfohlen. Die englische Flotte scheint aber auch den Angriff auf deutsche Kohlendampfer innerhalb der holländischen Hoheitsgrenze als ein weiteres geeignetes Mittel anzuwenden.

Was nun die Schließung der Grenze für Holland bedeuten würde, geht aus der Antwort hervor, die „Nieuwe van den Dag" auf die Forderung eines Vorstandsmitgliedes des Arbeiterausschusses, die Grenzen für die Ausfuhr nach Deutschland zu schließen, erteilt hat: „Es liegt auf der Hand, daß das Einstellen der Ausfuhr nach Deutschland bedeuten würde: keine Metallamente, kein Eisen, vor allen Dingen keine Steinkohlen und infolgedessen kein Trinkwasser, Gas, Elektrizität, Eisenbahnverkehr. Unsere Werkkraft würde erlahmen und noch viel mehr. Wenn unser Ueberfluß an Butter, Käse, Vieh usw. den Deutschen nicht mehr zugeführt werden darf, bleiben wir mit dem größten Teil dieser Erzeugnisse sitzen. Es kommt dann kein Geld ins Land, es wird nichts verdient, die Löhne fallen und die Mieten steigen. Es ist notwendig, dies immer und immer zu wiederholen. Schon jetzt sind die Aussichten für den Herbst trübe, und jedes Kind kann begreifen, daß ein Ofen ohne Feuer in einem vielleicht harten Winter viel schlimmer ist, als einige Tage ohne Kartoffeln zu sein. Der, der die unsinnige Forderung stellt, die Grenzen zu schließen, führt das Land einer Katastrophe entgegen."

Gegen eine derartige Vergewaltigung der Neutralen fordert auch das Madrider „A. B. C." als Gegenmittel ein Schutz- und Trutzbündnis der Neutralen: Die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, das heißt, diejenigen europäischen Länder, die wie wir in Ausübung ihrer Rechte als freie Nationen die Neutralität unter allen Umständen aufrechtzuerhalten beabsichtigen, werden sich von demselben oder einem ähnlichen Konflikt bedroht sehen. Dies ist ein günstiges Zusammentreffen, um zu einem Schutz- und Trutzbündnis zu gelangen, für den Fall, daß irgendeiner der Kriegführenden, sei es durch einen klaren, ausdrücklichen Antrag oder durch irgend eine bemäntigende Zumutung, den Versuch machen sollte, uns zu zwingen, ihnen Menschen oder sonstiges Kriegsmaterial zu liefern. Dieser Bund, dieses Einvernehmen, oder wie man es sonst nennen will, müßte außerhalb von Spanien den amerikanischen Republiken spanischen Blutes, so weit sie wie wir zur Aufrechterhaltung der Neutralität entschlossen sind, zum Beitritt unterbreitet werden. Auf diese Weise, in einem großen Bündnis der Neutralen, könnten wir die Hoffnung hegen, unverletzt aus dem Weltbrande hervorzugehen, ohne einen Tropfen des edlen spanischen Blutes vergossen zu haben."

Die Aussichten der russischen Gegenrevolution.

In der „Berner Tagwacht" vom 24. Juli wird ausgeführt:

Die Ereignisse nehmen ihren Lauf. Die Schleier fallen, das Bild wird klarer. Was Kenner der inneren Zustände Rußlands und der Bedingungen der russischen Revolution seit Wochen kommen sahen, wird heute durch die einander wild jagenden Tatsachen auch dem Außenstehenden verständlich. Die Gegenrevolution, deren Elemente sich schleichend sammelten, ist im vollen Marsch — das und nichts anderes ist der Sinn dessen, was augenblicklich in Rußland sich abspielt.

Man lasse sich durch Namen und falsche Vorstellungen nicht täuschen. Wie die Revolution, so hat die Gegenrevolution verschiedene Ausdrucksformen, sowohl im eigenen Lande, das noch mitten im Krieg steht. Die Flucht der bürgerlichen Mitglieder des Koalitionsministeriums aus der Regierung, die jetzt als Rumpfministerium die Geschicke der Revolution bestimmen soll, bedeutet keineswegs die Revisionierung auch hinsichtlich Inhalt und Form, auf den Inhalt der Politik kommt es an, und dieser liegt, was die augenblickliche Politik der offiziellen Träger des neuen Rußlands betrifft, klar zutage.

Der Kampf gegen die Internationalisten, die den Frieden wollen, die Präsidentschaft Kerenskis, die Meuterei ganzer Regimenter an der Front, das unheimliche Vorwärtsschreiten der deutschen Gegenoffensive fallen zusammen mit verzweifelten Aufrufen der Regierung, mit unerhört lügenhaften Verdächtigungen der sozialistischen Opposition und mit der Schreckensherrschaft, die um so brutaler sich gibt, je ohnmächtiger sie in Wirklichkeit ist. Die Reaktion wütet in vollen Zügen, und sie wird dadurch nicht besser, daß ihre Urheber sich vor dem Auslande auf ihre sozialistische Ueberzeugung und auf die Demokratie berufen.

Die sozialistischen Mitglieder sind in die Regierung eingetreten, um die Revolution und den Frieden zu retten. In Wirklichkeit vermochten sie weder das eine noch das andere. Das einzige, was die ministerielle Tätigkeit hätte rechtfertigen können, wären die Bemühungen auf die Herbeiführung eines raschen Friedens gewesen. Eine solche Tätigkeit hätte nur gegen die bürgerlichen Minister ausgeübt werden können und den scharfen Gegenschlag zu ihnen als Voraussetzung haben müssen. Statt dessen verbündeten sich die Sozialisten mit den Werkzeugen Miljukows, und den Schrei nach dem Frieden, der durch die breiten Schichten des russischen Volkes geht, beantworteten sie mit der Offensive. Anstatt das Volk dem Leben entgegenzuführen, trieben sie es in den Tod.

Von diesem Augenblick an war der weitere Gang der Ereignisse bestimmt. Das krampfhafte Bemühen, die Leninisten und sogar die gemäßigten Internationalisten für die Katastrophe verantwortlich zu machen, beweist nur die eigene Schuld der jetzigen Machthaber, die bereits so weit sind, daß sie wähnen, mit ein paar Verhaftbefehlen und schamlosen Verdächtigungen gegen ihre Kampfgenossen von gestern der auf sie fallenden Verantwortung zu weichen und den panikartig sich entwickelten Niedergang aufhalten zu können.

Eine Entschuldigung freilich hat auch das gegenwärtige Rumpfministerium für seinen umfassend angelegten Vergeltungsfeldzug der Opposition. Es handelt nicht aus eigenem Entschluß. Hinter ihm stehen die Agenten der „Demokratie und der Freiheit", das heißt die Agenten des englisch-französischen Imperialismus. Im Lichte der Tagesereignisse wird jetzt seine Politik, die darauf hinausliefe, das revolutionäre Rußland von den Karren des Verbandes zu spannen, in ihrer ganzen verhängnisvollen Tragweite verständlich. Wer sich auch nur halbwegs ein selbständiges, von der Kriegspropaganda unbeeinflußtes Urteil bewahrt hatte, wußte, daß es für die Festhaltung und Weiterentwicklung der revolutionären Ereignisse in Rußland nur eine Möglichkeit gab: die raschestie Beendigung des Krieges. Ein solcher Gedanke wurde einen fast als Verrat an der Sache der Demokratie angefreidet, nicht nur in Rußland, auch in der Schweiz.

Und heute? Jetzt zeigen sich die Früchte des „Freiheitskrieges." Im Innern die gegenseitige Zerfleischung, bis zum Augenblick, wo die Schwächung so weit fortgeschritten ist, daß das reaktionäre Bürgertum, mit Miljukow an der Spitze, sich vergnügt die Hände reiben und an die Arbeit gehen kann, nachdem das größte und unangenehmste Werk im Sinne der Reaktion durch Kerenski und seine Kumpane getan wurde. Von außen die breite Walze der Gegenoffensive und die Auflösung aller Disziplin im Gefolge. Der sogenannte Freiheitskrieg hat so in Wirklichkeit schon heute zur Vernichtung der Freiheit der Demokratie, zur Errichtung der Diktatur und der Schreckensherrschaft geführt und kann als letztes und zwiefach sicheres Ergebnis sehr leicht den Kapitulationsfrieden zur Folge haben.

Gegen die politische Zensur.

Die „Frankfurter Zeitung" verlangt vom Reichstag, daß er sich mit dem neuen Reichskanzler über die endliche Beseitigung der politischen Zensur auseinandersetzen müsse. Herr Michaelis solle nicht nur die Verberblichkeit der politischen Zensur anerkennen — das habe Herr v. Bethmann Hollweg auch schon getan —, sondern ihre Beseitigung durchzusetzen sich verpflichten. Jeder, der den Dingen nahesteht, wird dem Blatte recht geben, wenn es schreibt:

Nach drei Jahren Krieg, Belagerungszustand und Zensur sollte man nicht mehr darzulegen brauchen, daß es sich bei der Zensurfrage um kein Sonderinteresse der Zeitungen handelt. Es handelt sich, und das ist heute doch das Wichtigste, um ein wesentliches Interesse unserer Kriegsführung. Niemand wird leugnen können, daß die deutsche Presse aller Richtungen von Anfang bis heute den besten Willen gehabt hat, unserm Volke das Durchhalten, das tapfere Kämpfen bis zum Sieg zu erleichtern. Die Presse hat getan, was sie konnte, Mißverständnisse aufzuklären, die Tatsachen zu schildern, dem deutschen Volke zu predigen: Not und Schwierigkeit müssen ertragen, der Kopf muß immer wieder frischen Mutes hoch genommen werden — dann werden wir den Ansturm dieser Welt von Feinden widerstehen und aus einen sichern Frieden erkämpfen können!. Gewiß hatten auch die Zensurbehörden die beste Absicht, der Presse die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern. Aber da die Herren in Fragen der Publizistik fast durchweg nicht Sachkundige sondern Laien sind, haben sie schließlich zumeist das Gegenteil des Gewollten erreicht. Sie haben die von der Presse erstrebte Förderung unserer Kriegsführung erschwert, gestört und ihre Wirkung großenteils zunichte gemacht. Das Vorhandensein einer politischen Zensur und ihre Betätigung stellen uns vor die Gefahr, daß das Vertrauen zu der Presse in einem Maße, das außerordentlich erschreckend wird, über die Kriegszeit hinaus untergraben werde. Das ist vor der ganzen Presse ohne Unterschied der Parteirichtung.

Ueber die notwendige Abgrenzung der Zensurbefugnisse heißt es weiter:

Darüber herrscht Einigkeit, daß für Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Kriegsführung und aller militärischen Fragen eine Zensur berechtigt, aber auch darüber, daß sie auf politischem Gebiet unberechtigt und höchst schädlich ist. Staatssekretär Helfferich hat am 12. Mai d. J. ausgesprochen, daß die Zensur nur noch geübt werden soll, „wo rein militärische Fragen in Betracht kommen". Eine weitherzige Auslegung des Burgfriedensparagraphen hat die Militärbehörde verleitet, nach wie vor reinpolitische Zensur zu üben. Nicht nur solche Auslegung, sondern der Burgfriedensparagraph selbst, der ja längst sinn- und zwecklos geworden ist, muß fallen. Darauf sollte der Reichstag jetzt mit aller Entschiedenheit bestehen. Und er muß weiter vertangen, daß nicht eine militärische Instanz (der Kriegsminister als Oberministärbefehlshaber) die letzte Entscheidung trifft, ob eine Frage militärischen oder politischen Charakter hat, sondern daß diese Entscheidung der verantwortlichen Stelle, dem Reichskanzler übertragen wird.

Konzessionspflichtfürkaufmännischen Fachunterricht.

Der Bundesrat hat am 2. August eine reichsrechtliche Regelung der Konzessionspflicht und der Ueberwachung des privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterrichts verordnet. Das Bedürfnis dazu war gegeben durch sog. „Schnellkurse", die der Ausbildung nicht genügten, durch ungeeignete Räume, durch oft zu hohe Honorare. Deshalb bedarf von jetzt ab derjenige, der eine private gewerbliche oder kaufmännische Fach- und Fortbildungsschule betreiben oder leiten oder in einer solchen Schule unterrichten will, der Erlaubnis der von der Landzentralbehörde bestimmten Behörde. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die sittliche Zuverlässigkeit des Nachsuchenden nicht sicher ist, wenn die erforderliche Befähigung nicht nachgewiesen werden kann, und wenn der Betrieb der zum Betriebe der Schule erforderlichen Mittel oder Räume nicht vorhanden ist. Die Erlaubnis kann auch versagt werden, wenn kein Bedürfnis für die Unterrichtserteilung besteht. Außerdem kann die Erlaubnis unter Bedingungen und auf Widerruf erteilt werden. Auch die bestehenden Schulen bedürfen nach dem Inkrafttreten der Verordnung zur Fortsetzung des Betriebes über den 31. Dezember 1917 hinaus der Erlaubnis.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Verordnung sind mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafen bis 10000 Mark bedroht. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie ist aber nur eine Kriegsmaßnahme und deshalb ist dem Reichskanzler die Befugnis verphrochen, den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens zu bestimmen.

Kriegsallerlei.

Kaugummi-Steuer.

Die neuesten unter den neuen in den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Kriegssteuern ist die Steuer auf den bei den Amerikanern so beliebten Kaugummi, die im Jahre über drei Millionen Dollar bringen soll. Aus dieser Summe kann man ersehen, mit welcher Leidenschaft jung und alt in den Vereinigten Staaten sich dem Gummikauen hingibt, und wie die Newyorker Blätter meinen, dürfte die Kaugummisteuer von Erfolg begleitet sein, da es bisher kein Mittel gegeben habe, den Kaugummiverehrern dieses sonderbare Vergnügen abzugewöhnen.

Die Nachrichtentruppe.

Die gesamten Kräfte des Nachrichtendienstes der Armee (also auch Flieger-Funkentelegraphie, Brieftauben, Meldehunde usw.) sollen in Zukunft unter dem Chef der Feldtelegraphie und der Telegraphentruppe zusammengefaßt werden. Aus Anlaß dieser Neuerung hat der Kaiser bestimmt, daß die Telegraphentruppe für die Dauer des mobilen Verhältnisses „Nachrichtentruppe" benannt wird. Ihr Chef erhält die Bezeichnung „Chef des Nachrichtenwesens" und untersteht dem Chef des Generalstabes des Feldheeres unmittelbar.

Kriegshumor.

Sonderbare Beobachtung. Ein Offizier, gegenwärtig verwundet in einem Reservelazarett in Bayern, schreibt mir: „Hier in Bayern wird nicht eingeteilt in Leicht- und Schwerverletzte, sondern in solche, die Bier und die nicht Bier trinken dürfen. Am ersten Morgen fragte der Professor nach den Wunden und sagte dann, zum Wärter gewandt: „Die Herren können Bier trinken." (Jugend.)

Zur Offensive im Osten!

Karte vom östlichen Kriegsschauplatz in herrlichem Farbendruck mit Fähnchen zum Anmerken der Stellungen. Preis nur 45 Pfg. Zu beziehen durch **General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen.**

Reichskanzler Michaelis über unser täglich Brot.

Der neue Reichskanzler hat sich das Vertrauen des deutschen Volkes in der Zeit erworben, wo er Staatskommissar für das Ernährungswesen war. Damals hat er die Bedeutung, die das tägliche Brot für uns während des Krieges hat, zum Gegenstande eines bemerkenswerten kleinen Aufsatzes gemacht, der in der zweiten Liebesgabe deutscher Hochschüler des Furche-Verlages (Berlin), die den Titel „Deutscher Mars" trägt, abgedruckt ist. An den Grundgedanken: „Unser tägliches Brot ist die Voraussetzung unseres Sieges", knüpft der Reichskanzler folgende Ausführungen an, die auch heute noch ohne viele Veränderungen Gültigkeit haben: „Jeder Deutsche muß wissen, daß das Brot, das ihm gehört und das er ißt, nicht sein allein ist. Was er ißt und verbraucht, ist unser, gehört dem ganzen deutschen Volk. Er kann nicht frei darüber verfügen, wie er will, er muß Opfer bringen; das große Ganze muß ihm im Vordergrund stehen. Leider ist vielfach das Gegenteil der Fall. Warnungen der Obrigkeit helfen nichts. Oft sogar bewirken sie das Gegenteil. Wird auf die Knappheit des Mehles hingewiesen, dann laufen die Frauen hin und holen sich Vorrat, viel mehr, als sie sonst im Hause halten, auf die Gefahr hin, daß es verdirbt. Bei allen Ermahnungen zur Sparsamkeit ist zu Weihnachten mehr gebacken und gegessen worden als zu Friedenszeiten. Auch der Bauer spart nicht. Trotz des Verbotes füttert er Brotgetreide an sein Vieh. Sein jüngster Stier, sein Schwein ist ihm wichtiger als der Gedanke „unser tägliches Brot". In Deutschland hat das Wort „unser tägliches Brot" noch einen weiteren Sinnbeiten Sinn. Wir haben im Getreidebau Ueberschuß- und Bedarfsländer. Die östlichen Provinzen und Länder müssen an die westlichen von ihrem Reichtum an Brotgetreide abgeben, die Bauern müssen die Industriebevölkerung unterhalten, Sachsen kann ohne Preußen nicht leben. In anderen Jahren bewirkt der Handel in Ein- und Ausfuhr den Ausgleich, in diesem Jahre aber kann es nicht heißen: was bei uns wächst, gehört uns; erst kommen die Bauern und dann die gewerblichen Arbeiter. Soweit es sich um Erhaltung des Heeres handelt, haben es schon alle verstehen gelernt. Aber jetzt gilts, daß es alle verstehen: auch dem ganzen Volke gegenüber, alle für alle. Und so schwer es den Landleuten werden mag, abzugeben und selbst den Bedarf einzuschränken, in diesem Jahre wird vielen klar werden müssen, daß die große Zeit große Opfer verlangt. In einer Zeit, wo keine Mutter sich sträubt, auch den einzigen Sohn herzugeben, wo sie sich, wenn auch zuckenden Herzens, in das Opfer für das Vaterland fügt, heißt es auch in Dingen des täglichen Lebens, in Dingen des täglichen Brotes Opfer bringen und dragenden können an das Ganze. Für viele ist ja das einzige, was sie für das Vaterland in dieser schrecklich großen Zeit tun können. Sie können mitkämpfen helfen täglichen Brot für das deutsche Volk, bis zum Siege. Diese Gedanken sind zu neu und zu groß, um sich selbst durchsetzen. Es gab wohl ein Mittel, allen die Notwendigkeit des Sparens in Stall und Küche vor Augen zu führen, ein Mittel, das unfehlbar gewirkt hätte. Das waren hohe Preise. Wenn das Brot doppelt so teuer oder für denselben Preis halb so groß wird, bedarf es keiner Mahnung zur Sparsamkeit; aber die Regierung war der Meinung, daß dem Volk diese Not erspart bleiben müsse, und deshalb setzte sie Höchstpreise für Brotgetreide fest. So kann die Verordnung nicht zur Einschränkung führen, und es bleibt nur übrig, das Brotgetreide und Mehl zu beschlagnahmen und den Verbrauch zwangsweise zu ordnen."

Ferdinand Schichau, der Erbauer des ersten seefähigen Torpedobootes.

C. K. Ferdinand Schichau, der Begründer der berühmten Schichau-Werke in Elbing und Danzig, die mit dem Stapellauf des 1000. Schiffes auf eine Reihe von Ruhmestaten im Dienste der deutschen Seegeltung zurückblicken, war als Sohn eines biederen Hammerschmiedsmeisters am 30. Januar 1814 geboren. Ferdinand kam zu einem Schlosser in die Lehre, und noch vor Beendigung seiner Lehrzeit brachte er es fertig, das Modell einer Dampfmaschine in all ihren Einzelheiten selbständig anzufertigen, zusammenzusetzen und in Gang zu bringen. Das war damals, etwa um das Jahr 1830, eine ganz besondere Leistung. Es gab um jene Zeit noch sehr wenig Leute, die eine Dampfmaschine gesehen hatten, und der junge Mann, der ein solches „Wunderding" ohne fremde Hilfe konstruieren konnte, galt mit Recht als ein technisches Genie. Mit Hilfe des Elbinger Gewerbevereins konnte der wissensdurstige Jüngling die Lateinschule seiner Vaterstadt, dann das Gewerbe-Institut in Berlin besuchen, von wo er sich später nach England, damals der geeignetsten Stätte für Vervollkommnung in der Technik, wandte, um sich auch praktisch das erforderliche Wissen anzueignen. Erst 23jährig, doch schon ein fertiger Mann, kehrte Schichau 1837 nach Elbing zurück. Nach den Lehr- und Wanderjahren begann für ihn die Zeit der Arbeit in der Heimat. Er errichtete in Elbing eine kleine Maschinenfabrik, die schnell gedieh. Den Aufschwung des Unternehmens brachten die 50er Jahre. Schichau hatte sich auch dem Schiffbau zugewandt, am Elbingflusse eine Werft erbaut und hatte die Freude, dort 1855 den ersten in Preußen gebauten eisernen Seedampfer zu vollenden. Bald war Schichau auch im Lokomotivenbau der erste einer. Immer weiter ging es mit Riesenschritten vorwärts, und bald trat eine Tatsache ein, die allein schon genügt hätte, Schichaus Namen unsterblich zu machen: der Bau des ersten seefähigen Torpedobootes. Zum Beginn der 60er Jahre des vorvorletzten Jahrhunderts hatte der Engländer Whitehead den Torpedo erfunden, der jedoch zunächst nur als ein weiteres Angriffsmittel der älteren Kriegsschiffe galt. Erst zehn Jahre später fing man in England an, einen kleinen Rohrzange mit der besonderen Bestimmung als Torpedoboote zu bauen. Die Aufgabe war nicht leicht und konnte erst nach manchen Erfahrungen und Fehlschlägen gelöst werden. Ein Schiff von großer Maschinenkraft und Schnelligkeit sollte an Raumgehalt klein genug, um dem Feinde sich möglichst unbemerkt zu nähern, andererseits seetüchtig genug sein, um auch bei hohem Wetter und schwerem Wellengang nicht Gefahr zu laufen. Gerade diese Aufgabe, die gleich hohe Ansprüche an die Fähigkeiten des Schiffskonstrukteurs und des Maschinenbauers stellte, zog Schichau an. Er steckte sich das hohe Ziel, Englands alte Ueberlegenheit im Schiffbau wenigstens auf diesem einen Gebiete zu brechen. Und es wahrte nicht lange, bis ihm das so gut gelang, daß man heute mit Recht sagen kann: ausgends im Auslande werden Torpedoboote gebaut, die es mit denen der Schichau-Werke aufnehmen können. 1877 lieferte Schichau das erste, für die russische Admiralität; bestimmte Torpedoboot ab, und der Erfolg war glänzend. Für die deutsche Kriegsmarine baute er 1883 die ersten Torpedoboote, die vor allem wegen ihrer Schnelligkeit das Aufsehen der Fachwelt erregten. Schichaus Ruhm als Torpedobootkonstrukteur war damit fest begründet und hat sich unter allen Veränderungen und Fortschritten der Neuzeit erhalten, ja noch erhöht, leitdem in den schnellen und gefürchteten Torpedobootsjägern ein ganz neuer Typ dieser modernen Seewaffe Aufnahme gefunden hat. Geradezu Weltberühmtheit erlangten a. a. die vier Torpedobootzerstörer, die die Schichau-Werft 1898 für die chinesische Regierung lieferte und die mit ihren 35 Knoten in der Stunde eine noch von keinem Schiffe in der Welt erreichte Geschwindigkeit erzielten. Auch sonst nahm der Schiffbau Schichaus einen immer größeren Umfang an. Schichau hatte sich entschlossen, mit dem Bau großer Seedampfer in Wettbewerb zu treten, errichtete im Jahre 1891 eine neue große Schiffswerft in Danzig, und bald gab es auch dort für Inland und Ausland reiche Arbeit. Für die deutsche Handelsmarine gingen aus dieser Werft viele bedeutende Schnell- und Postdampfer hervor. Deutschlands Kriegsmarine hat von ihr mehrere ihrer größten Panzerschiffe, zahlreiche Kreuzer- und Kanonenboote erhalten, sodaß die Wehr, die unser Vaterland zur See schützt, nicht zum wenigsten von Schichau geschaffen worden ist. Im Jahre 1854 hat Schichau das erste Schiff fertiggestellt, nun ist es das 1000. der Schichau-Werke, das am 4. August vom Stapel lief. Seit 21 Jahren weilt Ferdinand Schichau nicht mehr unter den Lebenden, aber das große Werk, das er geschaffen, wird weiter blühen zum Nutzen und Ruhm des Vaterlandes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191708085/fragment/page=0002